

Riesner Tageblatt



Deutschschlesische
Tagesblatt
Nr. 22.
Verlag Nr. 22.

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).
Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft,
Großschönau, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa,
des Finanzamts Riesa und des Hauptamts Strießen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Verlagsort
Dresden 1927.
Verlag
Riesa Nr. 22.

Nr. 175.

Freitag, 29. Juli 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig durch Post oder sonstigen Weg. Für den Fall des Eintrags von Produktionssteuern, Erhöhungen der Abgabe und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 2 mm hohe Grundzeile (6 Zeilen) 10 Pfennig; die 20 mm breite Zeile 100 Pfennig. Zusätzliche und tabellarische Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife, Druckkosten, wenn der Betrag sofort, durch Kasse eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kasse gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Schnitzholz an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger unvorhersehbarer Ereignisse des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebsanstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Fortsetzung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Poststraße 22. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Lehmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Wittich, Riesa.

Politik und Geschäft.

Die englische Delegation ist wieder in Genf eingetroffen und so können die Verhandlungen beginnen, die entweder in wenigen Tagen ergeben werden, daß keine Einigung zu erzielen ist oder noch wochenlang mit dem Resultat fortzusetzen werden, daß es über die wichtigsten Punkte doch noch zu einer Verständigung kommt. Welche dieser Möglichkeiten eintreten wird, läßt sich heute noch nicht übersehen. Die englischen Vertreter haben dieses Mal von ihrer Regierung eine genau vorgeschriebene Marschroute mit auf den Weg bekommen, und da die beiden anderen Delegationen in ähnlichen ebenfalls noch detaillierte Instruktionen erhalten haben, kann man den kommenden Verhandlungen nur mit großer Skepsis entgegensehen. Im Grunde ist sich jeder, der diese Konferenz genau verfolgt hat, schon längst klar darüber, daß nur Japan mit dem ersten Willen, abzurufen, nach Genf gekommen ist. Nicht etwa aus Wohlwollen! Nein, der japanische Verhandlungswille hat einen ganz anderen, viel realeren Grund. Japan kommt bei dem Weltfrieden ein Stück nicht mehr mit, kann es sich bekanntlich nicht mehr leisten, ganze Weltklassen neu zu bauen; und es liegt folglich in seinem eigenen Interesse, wenn es seine beiden Konkurrenten zur See, England und Amerika, dazu bringen kann, sich freiwillig die Beschränkungen aufzulösen, zu denen es selbst durch seine Finanzlage gezwungen ist.

Ob ihm das gelingen wird, steht noch dahin. Dieser Weltfrieden ist England nicht von seinem Standpunkt auszugehen und sich in der Zahl der kleinen Kreuzer irgendwelche einengenden Vorschriften machen zu lassen. Kleine Kreuzer sind im Fall eines Krieges für England eine Lebensfrage — das ist die Quintessenz der Rede Chamberlains im Unterhaus, und von diesem Standpunkt wird sich Großbritannien auch nicht abdrängen lassen. Von Amerika am allerwenigsten. Wenn man die kommenden Verhandlungen verstehen will, muß man nämlich wissen, daß zwischen England und Amerika augenblicklich noch ein ganz anderes Gegenstück besteht, wie die Kreuzerfrage und die Abhängigkeitsbeschränkungen zur See überhaupt. Es handelt sich nämlich um die Petroleumverträge, die die Standard-Oil-Company in New York mit Rußland abgeschlossen hat und in denen der bisher allmächtige englisch-holländische Oeltrust eine höchst unerwünschte Konkurrenz erfährt.

Selbstverständlich sagt man das nicht mit so harten Worten. Man braucht die Sache auch zu wissen, welche Rücksicht in Wahrheit die Schwäche der hohen Politik in England und Amerika zu lenken beginnen? Für die Welt wird die Sache so frisiert, daß man englischerseits entrichtet erklärt, Amerika habe durch diese Verträge dem Vorkrieg gegen die Sowjet-Union durchbrochen — eine Erklärung, deren ganze Aufrichtigkeit erst dann einleuchtet, wenn man weiß, daß England liebend gerne dieses Geschäft selbst mit Sowjet-Rußland gemacht hätte, sich fünf Jahre lang verzwweifelt darum bemüht hat und nun natürlich mitgeklimmt darüber ist, daß ihm der amerikanische Partner das billige russische Petroleum vor der Nase wegschnappt hat und damit aller Voraussicht nach in Europa und Asien glänzende Geschäfte machen wird. Der englische Partner hierüber tobt sich aber nicht nur gegen Amerika und Rußland aus, sondern auch Deutschland kann selbstverständlich davon nicht unberührt bleiben. Gerade jetzt erheben die englischen Zeitungen ihre Leser mit der furchtbaren Melodramatik, daß in einer chemischen Fabrik Norddeutschlands Giftgas von bisher noch gar nicht dagewesener Wirksamkeit fabriziert und nach Rußland zwecks Bombenfüllung geliefert werde.

Man kann über diese Tartarennachricht lächeln, so kurzfristig und wenig ernstlich ihre Tendenz auch ist. Weniger lächerlich aber ist die Erkenntnis, daß sich in einer für ganz Europa entscheidenden Frage Politik und Geschäft in einer Weise verquicken, die mit berechtigter Interessensvertretung wirklich nicht das Geringste mehr zu tun hat.

Neue belgische Erklärung gegen Deutschland.

Berlin. (Telunion.) Nach einer Morgenblättermeldung aus Brüssel verbreitet die belgische Telegraphen-Agentur eine Erklärung der belgischen Regierung, in der es mit Bezug auf die deutsche Stellungnahme zum letzten belgischen Memorandum heißt: Es besteht kein Grund, auf die in dieser Mitteilung enthaltenen Bemerkungen einzugehen und die Erörterung ins Endlose zu verlängern, die ohnehin durch die endgültigen Erklärungen der belgischen Regierung nutzlos geworden ist. Es verdient aber hervorgehoben zu werden, daß die deutsche Regierung endlich begriffen hat, daß sie bezüglich der Arbeiten der Reichstags-Kommissionen über die Ereignisse des Krieges nicht weiter stillschweigend konnte und es verdient weiter festgestellt zu werden, daß die deutsche Regierung ohne jeden Grund und nach Varnano es für gut hielt, die Veröffentlichung von Ankündigungen in der ganzen Welt zu erlauben, deren Sinnlosigkeit offenbar ist und diese Haltung zu rechtfertigen mit der Behauptung, daß eine lebensfähige Arbeit des Untersuchungs-Komitees des Reichstages zu einer Wiederherstellung des wahren Tatbestandes geführt habe. Diese richtet sich jedoch gegen hundertmal wiederholte Wahrheiten. Es ist unmöglich, daß die deutsche Regierung begriffen, daß ähnliche Veröffentlichungen die öffentliche Meinung in Belgien stark erklären.

Das Gerücht von neuen "Verleumdungen".

Berlin. Der Daily Telegraph behauptet, in Deutschland sei man sehr beunruhigt durch das Gerücht, daß einige Mächte vielleicht eine Unternehmung gegen

Die Reichsbannerausprache des Zentrums.

Berlin. Wie die "Germania" erzählt, war die

Ausprache führender Zentrumsmitglieder im Reichsbanner in der Hauptsache von folgenden Gesichtspunkten beherrscht: 1. Das Reichsbanner ist gegründet worden als freiwillige Schutzwehr der Deutschen Republik zur Abwehr gegen die Lätalität der lange vorher entstandenen sozialistischen Organisationen. Dieser Gründungszweck behält seinen überparteilichen, rein staatsbürgerlichen Charakter, und diese Zielsetzung umgrenzt seinen Tätigkeitsbereich.

2. Weis nicht parteipolitische, sondern nur vaterländische und staatsbürgerliche Interessen zum Zusammenschluß im Reichsbanner geführt haben, stellt das Reichsbanner eine selbständige, von parteipolitischer Führung unabhängige und parteipolitischen Beeinflussungen unzugängliche Organisation dar.

3. Die Reichsbannermitglieder, die sich parteipolitisch zum Zentrum bekennen, sind dem Reichsbanner als Staatsbürger beizugehören, ohne dadurch die Partei zu verpfänden oder festzuliegen. Die Zentrumspartei ist darum auch niemals für irgend eine Handlung des Reichsbanners verantwortlich.

4. Die Zentrumsmitglieder des Reichsbanners anerkennen ihre Verantwortlichkeit der Zentrumspartei gegenüber und halten es für ihre selbstverständliche Pflicht, darauf hinzuwirken, daß auch im Reichsbanner die Grundsätze der Zentrumspartei nicht verletzt werden.

5. Die Entscheidung über Selbsthaltung oder Befreiung des Reichsbanners steht seiner politischen Partei, sondern nur einer vollverantwortlichen Regierung zu, die in der Lage ist, alle Folgen, die sich aus der Auflösung des Reichsbanners und selbstverständliche auch aller dem Reichsbanner als Gegner gegenüberstehenden Organisationen ergeben, auf sich zu nehmen.

6. Die Reichsregierung und die Landesregierungen sollten sich dafür einsetzen, durch die Einsetzung der republikanischen Organisationen auch die Notwendigkeit des Reichsbanners des Reichsbanners zu befestigen. Es wäre zu begrüßen, wenn der Zeitpunkt der berechtigten Auflösung des Reichsbanners bald gekommen wäre.

7. Solange das Reichsbanner notwendig ist, sollten ihm möglichst viele Mitglieder der Zentrumspartei angehören, um die Wahrung des unverfälschten Reichsbannercharakters zu gewährleisten. Nicht kritizieren, sondern mitarbeiten ist Pflicht aller, die verhindern wollen, daß aus dem deutschen Reichsbanner ein überreichlicher republikanischer Schutzbund wird.

Die endgültige Stellungnahme des Zentrums zum Reichsbanner verlegt.

Berlin. (Telunion.) Die gestern nachmittags abgehaltene Konferenz der führenden Reichsbannermitglieder des Zentrums hat sich zuerst mit der durch den Austritt des Reichsbannerführers Dr. Marx geschaffenen Lage beschäftigt. Sie sah jedoch keine Notwendigkeit des Austritts aus dem Reichsbanner. Im übrigen hat es Befremden erregt, daß die Stellungnahme des Bundesvorstandes des Reichsbanners zu den bekannten Forderungen des Zentrums der Sitzung noch nicht vorgelegen hat. Aus diesem Grunde haben sich die führenden Reichsbannermitglieder des Zentrums vorbehalten, ein abschließendes Urteil über die Frage der Stellung des Zentrums zum Reichsbanner schon jetzt zu geben. Die Verhandlungen mit dem Reichsbanner-Bundesvorstand sollen weitergeführt werden. Die nächste Sitzung des Bundesvorstandes des Reichsbanners am 9. August wird sich also mit den Forderungen des Zentrums zu beschäftigen haben.

Berlin. 27. Juli. (Telunion.) Ueber die heutige Tagung führender Reichsbanner-Mitglieder des Zentrums wird folgendes Kommuniqué ausgegeben: Die Zentrumsmitglieder im Reichsbanner, die am Donnerstag nachmittags zu einer Aussprache über die durch den Austritt Dr. Marx an den republikanischen Schutzbund in Deutschland und den dar-

ausgeführten Austritt des Reichsbannerführers Dr. Marx geschaffenen Lage zusammengekommen waren, sprachen ihr Bedauern darüber aus, daß Reichsbannerführer Marx sich zum Austritt aus dem Reichsbanner veranlaßt gesehen hat.

Einmütig wurde der Meinung Ausdruck verliehen, daß sich aus dieser bedauerlichen Tatsache für die anderen Mitglieder des Zentrums im Reichsbanner nicht die Folge ergabe, gleichfalls das Reichsbanner zu verlassen. Wenn einmütig wurde ebenfalls die Erwartung ausgesprochen, daß künftig politische Entgleisungen von der Art des Schutzbundes-Austritts unterbleiben und weiterhin Sicherungen für kritische Ueberparteilichkeit und außerparteiliche Neutralität des Reichsbanners geschaffen werden. Die Konferenz behauptete, daß die endgültige Stellungnahme des Bundesvorstandes zu der von den Zentrumsmitgliedern des Reichsbanners am Sonntag in Magdeburg abgegebenen Erklärung noch nicht vorliegt und bezieht sich ihr abschließendes Urteil über die Vorgänge der letzten Zeit ebenfalls noch vor.

Das überparteiliche Reichsbanner.

Berlin. Wie wir hören, tritt der Bundesvorstand des Reichsbanners Anfang August in Magdeburg zusammen. In politischen Kreisen wird man dieser Tagung große Bedeutung bei, da er auf ihr die entscheidende Entscheidung darüber fallen wird, ob das Reichsbanner in seiner jetzigen Form bestehen bleibt oder nicht. Die Ansicht, daß eine Regelung getroffen werden müsse, die den überparteilichen Charakter der Organisation mehr betont, als dies bisher der Fall gewesen ist, ist auch bei den Demokraten allgemein verbreitet. Für die bei ihnen herrschende Stimmung ist ein Artikel des bekannten Landtagsabgeordneten Riedel bezeichnend, der um so stärkere Beachtung findet, als sein Verfasser keineswegs dem rechten Flügel der demokratischen Partei zuzurechnen ist. Wörtlich heißt es darin nämlich: "Die wirklich führenden Kreise der deutsch-demokratischen Partei sind über die letzten Vorkommnisse im Reichsbanner zum mindesten so erstaunt gewesen, wie die Zentrumspartei." Nachdem Riedel dann die Denkschrift Göring's an die preussische Regierung einer scharfen Kritik unterzogen hatte, in der der Reichsbannerführer sich gegen die preussische Personalpolitik gewendet hatte, warnt der Artikel vor "Presekongressen", eine Bemerkung, die man in politischen Kreisen vor allem auf die "Volkszeitung" bezieht, die während der Wiener Unruhen und der Reichsbannerkrisis eine Sprache geführt hat, die nicht mit der Haltung der demokratischen Partei in Einklang zu bringen ist.

Besonders interessant sind die Ausführungen Riedel's. Die sich mit Göring selber beschäftigen. Er kommt zu dem Schluß, daß der Reichsbannerführer nicht immer glänzend besetzt sei und daß eine Persönlichkeitskrise an der Spitze des Reichsbanners bestehe, deren Beseitigung durch ihre gleichzeitige parteipolitische Tätigkeit einseitig beeinflusst werde."

In politischen Kreisen glaubt man diese Äußerung dahin kommentieren zu können, daß auch die Demokraten dafür sind, Herrn Göring durch eine Persönlichkeitskrise zu erlösen, die weniger parteipolitisch abgetempelt ist. Während man in Zentrumskreisen offenbar den Wunsch hat, dem sozialdemokratischen "General" einen "Generalschicksal" beizulegen, der dem Zentrum nahesteht und besten Stellung an seinem Chef die gleiche sein würde, wie sie von altersher die meisten Generalschicksale zu ihren Oberkommandierenden gehabt haben: Der Stabschef schlägt vor und der General unterzeichnet.

Landberg lehnt ab.

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Otto Landberg, der von dem preussischen Innenminister als Nachfolger Göring's für das Oberpräsidium der Provinz Sachsen in Aussicht genommen war, hat laut "Volk. Zig." dringend gebeten, von seiner Kandidatur Abstand zu nehmen.

hätten. Das Statut der Volkzeit, das uns auferlegt worden ist, ist nämlich vorderhand. Der preussische Landtag und der bairische Landtag haben dieses Gesetz bereits angenommen, die anderen Länder werden binnen kurzem folgen. Von einer Verzögerung der "Generalquittung" über die Erfüllung der deutschen Verpflichtungen kann gleichfalls keine Rede sein, denn eine solche Generalquittung haben die Entente-Mächte uns bereits erteilt, indem sie die Interalliierte Militär-Kontrollkommission zurückzogen, offenbar doch wohl, weil nur noch unmerkliche Teile der deutschen Verpflichtungen übrig geblieben sind.

Austritt aus der Deutschen Studentenschaft.

Berlin hat die Freiburger Studentenschaft mit Stimmenmehrheit folgenden Antrag angenommen: Unter dem Eindruck des Würzburger Studententages, der nicht dem Mut fand, die Verfassungsfrage zu einer einheitlichen Lösung zu bringen, beschließt die Freiburger Studentenschaft, aus der Deutschen Studentenschaft auszutreten. Sie erstreckt aber im Interesse des Bestandes einer deutschen Studentenschaft eine Einigung gleichgestimmter Studentenschaften.